

Alt-GLP-Landrat über die verfehlte Finanzpolitik der Baselbieter Regierung

# Reicher Kanton auf Schleuderkurs

Von Gerhard Schafroth

Baselland liegt bei der Wirtschaftskraft pro Kopf weit über dem schweizerischen Durchschnitt. Dennoch erwirtschaftet der Kanton seit Jahren hohe Defizite und hat kein Geld für wichtige Investitionen. Trotz mehreren Sparpaketen ist keine Besserung in Sicht. Nun sollen die Personalkosten mit dem Rasenmäher um ein Prozent gekürzt werden. Die Massnahme wird bestenfalls einen kleinen Nutzen bringen. Für gute Mitarbeitende steigt der Anreiz, sich nach einem attraktiveren Arbeitsplatz umzusehen. Eine erfolversprechende Personal- und Finanzpolitik sieht anders aus. Dabei liegen die Möglichkeiten zur nachhaltigen finanziellen Gesundung des Kantons dank seiner hohen Wirtschaftskraft auf dem Silbertablett: Der Kanton ist finanziell dann gesund, wenn er seine Aufgaben mit eigenen Einnahmen bezahlen kann. Wird eine neue Strasse gebaut, ist von vornherein klar, wann dafür in Zukunft welche Kosten für Unterhalt und Erneuerung etwa anfallen. Das gilt für die ganze kantonale Infrastruktur und die kantonalen Dauer-Dienstleistungen. Da der Kanton eine auf die langfristige Erfüllung klar definierter Aufgaben angelegte Organisation ist, können seine Kosten der nächsten 10 bis 20 Jahre verlässlich abgeschätzt werden. Gleichzeitig hat Baselland einen sehr hohen Anteil an Steuererträgen von natürlichen Personen. Diese sind, im Gegensatz zu den Steuererträgen der juristischen Personen, langfristig stabil und damit ebenfalls in recht enger Bandbreite vorherseh- und planbar. Trotz diesen idealen Voraussetzungen

weigert sich Finanzdirektor Anton Lauber, eine übersichtliche, langfristige Finanzplanung zu erstellen und öffentlich zugänglich zu machen. Wir wissen nicht, wo Baselland finanziell wirklich steht. Die Lauber'sche Finanzpolitik ist somit trotz grossem Aktivismus ein einziger Blindflug.

**Klumpenrisiko Kantonalbank**  
Dank freiem Wettbewerb braucht Baselland keine staatliche Bank mehr. Als grösste kantonale Vermögensanlage müsste die BLKB dafür sorgen, dass das in sie angelegte Kantonsvermögen möglichst risikolos angelegt ist und einen angemessenen Ertrag abwirft. Beide Ziele verfehlt die BLKB bei Weitem: Vom 2014 erwirtschafteten Gewinn von rund 150 Millionen hat sie rund 100 Millionen für sich behalten, obwohl sie schon heute ein zu hohes Eigenkapital hat. Trotz hohen Reserveeinlagen auch in früheren Jahren verliert die BLKB, gemessen am Marktwert ihrer Zertifikate seit 2012 dramatisch an Wert. Die BLKB ist für den Kanton ein unverantwortliches Klumpenrisiko, sie liefert dem Kanton nur wenig Ertrag ab und vernichtet dabei sein Vermögen. Und was sagt unser Finanzdirektor dazu? Fragen Sie ihn selber. Baselland bezahlt die Ausbildung seiner Studenten an den Unis in der ganzen Schweiz. Allein an die Uni Basel gehen so rund 40 Millionen. Darüber hinaus hat sich der Kanton 2007 – in der finanziell schwierigen Lage von Basel-Stadt – verpflichtet, die halben Kosten der Uni Basel gegen eine Schein-Mitbestimmung zu übernehmen, um die Stadt finanziell zu entlasten. Heute bezahlt Baselland rund 130 Millionen Franken pro Jahr an die

Stadt. Eine sachliche Rechtfertigung für diesen Finanzausgleich gibt es nicht mehr. Zudem trägt Baselland die ganze teure Infrastruktur für das Personal der Chemie, das zu einem guten Teil auf der Landschaft wohnt und in der Stadt für hohe Steuererträge sorgt. Und nun ist die Baselbieter Regierung unter dem Lead von Lauber sogar bereit, für eine Vier-Jahres-«Entwicklungshilfe» von 80 Millionen den Uni-Vertrag nicht zu kündigen und so die Stadt weiterhin Jahr für Jahr mit 130 Millionen zu subventionieren.

«Die Lauber'sche Finanzpolitik ist trotz grossem Aktivismus ein einziger Blindflug.»

Aufgrund seiner Ausrichtung auf die verlässliche, rechtsgleiche Erfüllung hoheitlicher Aufgaben ist der Staat bei der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen auf dem freien Markt meist nicht konkurrenzfähig. Das ist richtig und sinnvoll so. Nur sollten wir die Konsequenzen daraus ziehen: Auf dem freien Markt hat nur ein völlig vom Kanton abgekoppeltes Kantonshospital eine Überlebenschance. Das heutige politische Dreireden bläht die kantonale Verwaltung auf und kostet eine Unsumme an Steuergeldern. Unsere planwirtschaftliche Spitalpolitik führt zu Mangelwirtschaft und damit direkt zur Zweiklassenmedizin. Wollen wir das?

Wie kann es sein, dass die gleiche Ausbildung eines Primarschülers in Augst pro Jahr rund 39 000 Franken kostet und in Sissach nur 13 000? Der Grund

liegt darin, dass die Gemeinden – gleich wie der Kanton – einfach die «nötigen» finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben einfordern, sich aber kaum Gedanken darüber machen, ob eine staatliche Aufgabe in vorgegebener Qualität so kostengünstig wie möglich erfüllt wird.

**Grossverteiler als Vorbild**  
Dabei kennen die Wirtschaft und auch viele Kantone und Gemeinden – bei uns insbesondere Oberwil – das Instrument der Kostenträgerrechnung. Damit lässt sich – bei sinnvoller Ausgestaltung – mit kleinem Aufwand ermitteln, welche Dienstleistung des Kantons wie viel kostet. Durch Vergleich wird damit rasch erkennbar, wo der Kanton effizient arbeitet und wo nicht. Grosse heterogene Dienstleistungsorganisationen, wie etwa Coop oder Migros konnten unter anderem dank diesem Instrument ihre Preise in den letzten Jahren laufend massiv senken und dennoch schöne Gewinne erwirtschaften. Finanzdirektor Lauber weigert sich, in Baselland die Kostenträgerrechnung einzuführen. Wir wissen damit weiterhin nicht, wo die grossen Sparpotenziale der kantonalen Verwaltung liegen. Wenn wir die finanzielle Lage unvoreingenommen analysieren und sachlich anpacken, müsste es mit diesen und ein paar anderen vergleichbaren Massnahmen möglich sein, den Kanton innerhalb von fünf Jahren ohne Lohnsenkung und ohne Steuererhöhung auf eine langfristig gesunde finanzielle Basis zu stellen. Finanzdirektor Lauber hat damit noch nicht angefangen. Gerhard Schafroth, alt Landrat (GLP).

## Läng d Achs und gib im

# S Wurschtoir

Von Heiner Oberer

Schröcklig. Jetz ischs duss. Ässisch e Brootwurscht oder e Chlöpfer vom Grill, wirsch muuderig. Schlimmer. De chunnsch Chräbs über und verräblisch eeländig. D Vegaaner juuchzgen und säage: Mer häis jo scho immer gsait. Jetz gits numme no äis. Jeede, won inere Bäiz e grillierti Wurscht isst, wird spariert. Für das mues ab sofort jeede Spunte nääben em Fumoir au es Wurschtoir haa. So isch sichergestellt, as alli, wo zum Byspiil es Tofugschnätzlets anere Höiblueme-Sossen ässe, mit vo de Wurscht-Kannibaalen aagsteckt wärde.

**muuderig = kränkeln**  
**verrääble = krepieren**  
**juuchzge = jauchzen**

## Nachrichten

### Polizei protestiert gegen Sparpläne der Regierung

**Liestal.** Der Personalverband der Baselbieter Polizei protestiert gegen die Sparpläne der Regierung. Ende Jahr wollen sie eine Petition einreichen. Gemäss *Schweiz am Sonntag* haben die Polizisten bis jetzt bereits 6000 Unterschriften gesammelt.

### Absage für die neue Baselbieter LDP

**Allschwil.** Der parteilose Einwohnerrat in Allschwil, Roland Naef, gründet nächste Woche die Baselbieter LDP. Gemäss *Schweiz am Sonntag* versuchte er vergebens den FDP-Landrat Balz Stüchelberger zu gewinnen.

# Mehr Markt dank Betreuungsgutschein

Die Geschäftsführerin der Betreuungsfirma Familea plädiert für mehr Freiheit in der Wahl der Kinderbetreuung

Von Daniel Wahl

**Basel.** Natürlich ist Familea als grösste Non-Profit-Organisation im Kinderbetreuungswesen dafür, dass Eltern Betreuungsgutscheine beziehen können – dass sie je nach Einkommen von ihren Wohngemeinden einen Gutschein erhalten, den sie für die Kinderbetreuung beim Anbieter ihrer Wahl einlösen können. Subjektfinanzierung nennt sich das und würde die Abkehr einleiten von der im Baselbiet verbreiteten Objektfinanzierung, bei der die Gemeinden eine Betreuungsorganisation direkt subventioniert. Diese Abkehr fordert die FDP-Initiative «Für eine unbürokratische bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich». Sie kommt nächstes Wochenende zur Abstimmung.

Die Stellung von Familea würde nach Annahme der Initiative im Markt der Anbieter bestimmt gestärkt. «Primär profitieren aber die Eltern», ist Tessa Müller, Geschäftsführerin von Familea überzeugt. Die aufmerksame Managerin von Kindertagesstätten (Kitas) mit rund 1200 Betreuungsplätzen in der Region führt auch eine ganze Palette von weiteren Gründen an, die für die Annahme der Initiative sprechen. Seit 1949 ist Familea mit der ersten Kita am Markt; Tessa Müller weiss, was Eltern wünschen.

Mit Betreuungsgutscheinen könnten Eltern die Institution selber wählen – «sie betätigen sich selber als Einkäufer am Markt und bestimmen so mit, wo Kita-Standorte eine Chance haben und Betreuungsstätten eröffnet werden», sagt sie. Zu oft müssten Eltern immer noch ihre Kinder dort abgeben, wo es ihnen nicht entgegenkomme. Sie kenne von den Gemeinden finanzierte Kitas, die sich nicht um ihre Kunden bemühen müssten. Bis vor Wochen stand dort noch in den Reglementen, die noch immer an vorderster Stelle im Internet stehen, dass abgemahnt werde, wer zehn Minuten zu spät das Kind bringe oder abhole. «Das geschieht, wenn nicht die Eltern Einkäufer von Leistungen sind, sondern wenn das Geld direkt von der Gemeinde fliesst. Mit der Einführung



**Wer hat die beste Kita?** Tessa Müller von Familea glaubt, dass der freie Markt die Qualität der Kitas steigert. Foto F. Bärtschiger

von Gutscheinen, werde sich das ändern», ist Tessa Müller überzeugt.

### Tagesmütter unter Druck

Dass Gemeinden mit dem neuen Gesetz gezwungen werden können, Gutscheine abzugeben (Objektfinanzierung könnte parallel immer noch beibehalten werden), genau dagegen wehren sich zahlreiche Politikerinnen aus dem Landrat. Als Hauptargument führen sie an, die Gemeindeautonomie sei gefährdet – die Gemeinde können nicht mehr selber bestimmen, wie sie ihr Angebot steuern und finanzieren wollen. Sie lehnen die FDP-Initiative deswegen ab, set-

zen sich aber für den Gegenvorschlag ein, der es den Gemeinden offen lässt, wie sie ihre Kinderbetreuung organisieren wollen. «Damit wird sich nichts ändern», ist Tessa Müller überzeugt. Geht es in Wahrheit darum, dass die Gemeinden ihre geschaffenen Strukturen schützen wollen?

Jedenfalls bekunden kleine Gemeinden Schwierigkeiten, Eltern finanziell zu unterstützen, die Angebote ausserhalb des Dorfes genutzt haben. Müller ortet insbesondere dann ein Problem, wenn das Kind nur bis zum Kindergarteneintritt in der Kita bleiben kann. Sobald es den Kinder-

garten besucht, werden die Kleinen aus der Kita geholt und in zwei neue Strukturen gebracht: In den Kindergärten und in den üblichen Mittagstisch. «Der Mittagstisch ist in der Regel relativ teuer für die Eltern und die Kinder sind dort tendenziell schlechter betreut», so Müller.

Unter Druck geraten könnte insbesondere das im Oberbaselbiet verbreitete Angebot von Tagesmüttern. Denn ein Betreuungsgutschein dürfte Eltern vermehrt dazu animieren, ihre Kinder in einer professionell betreuten Kita zu bringen. Fürchten müssten sich die Gemeinden nicht vor dieser Entwick-

lung, meint sie. Gemeinden, die ihr Angebot für Eltern attraktiv machen, profitierten letztlich. Tessa Müller führt eine ganze Reihe von Studien an, die belegen, dass jeder in frühkindlicher Bildung investierter Franken der öffentlichen Hand mit mindestens zwei Franken wieder zurückfliesst.

Je nach Ausgangslage bestehe für Gemeinden sogar ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von bis eins zu fünf: höhere Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben, weil es doppelverdienende Eltern erleichtert, entlastende Schulbudgets, weil weniger Stützunterricht erforderlich sei. Festgestellt würden zudem weniger Schulabbrüche

### Freier Markt oder Gemeinde?

Es gibt einige Gemeinden, wie Binningen, die von Objekt- auf Subjektfinanzierung umgestellt haben. Zu Beginn habe man eine Erhöhung der Ausgaben festgestellt, bemerkt Landrätin Rahel Bänziger (Grüne), die gegen die Initiative ist. Ein Nachteil bei der Subjektfinanzierung sei, dass die Gemeinde die Qualität des Angebots nicht sicherstellen könne, da die Eltern frei wählen dürfen.

Braucht es, wenn der Markt spielt, noch eine Qualitätskontrolle bei den Anbietern? Oder wählen Eltern nicht automatisch eine andere bessere Institution, wenn das Angebot zu schlecht ist, so wie man eine lausige Beiz nicht mehr besucht? Ein Controlling müsste in der Tat aufgezogen werden, sagt Tessa Müller und plädiert für die breite Implementierung des Qualitätslabels Qualikita.

Der Aufwand für Eltern sei oft zu gross, sich für einen neuen Betreuungsplatz umzusehen, auch wissen die Eltern nicht immer, auf welche Faktoren sie achten sollen, um die Qualität der Kita ihrer Wahl beurteilen zu können. Und weil die Ausstiegshürden aus emotionalen Gründen oft sehr hoch seien, würden die Kinder zu lange in schlecht geführten Kitas belassen. Noch immer gebe es Institutionen, die zu hohe Preise hätten, viele Praktikantinnen anstellten, keine Lehrlinge ausbilden und tiefe Löhne zahlten. «Das ist für die ganze Branche wenig nachhaltig.»